

Ercheint wöchentlich  
einmal: Freitag.  
Anzeigen: Die Gespaltene  
Borgzettel 20 Pfennig.  
Im Abonnement über die  
Wiederholung entsprechend  
billiger.  
Erlaubt der Redaktion:  
Blattlos zu sein.

# Die Stimme

Abonnement  
vierteljährlich 1. - Mark  
bei jedem Postamt und in  
der Expedition.  
Eingetragen in der  
Post-Zeitungspreiskarte.  
Redaktion und Expedition:  
Ulm a. Donau  
Reichardtstraße 14.  
Telefon 1442.

Organ des Gewerbevereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Hauptbüro: Berlin NO., Greifswalderstraße 221/22. - Fernruf: Amt Alexander 4720.

Alle Zuschriften für Redaktionen und Expeditionen sind zu richten an H. Warholt, Ulm a. D., Reichardtstr. 14, Tel. 1442. - Zeitungsverkauf an M. Schumacher, Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 221/22.

Nummer 21/22.

Ulm a. Donau, den 31. Mai 1918.

29. Jahrgang

Inhalt: Berufseignung. — Kongress freier nationaler Arbeiter- und Angestelltenverbände. — Ehrentafel. — Zur Verklärung der Prostitution. — Verkehr mit Holzschreibern und Holzhandwerkern. — Feuilleton: Die Pflicht zu parlamentarischer Vertretung. — Rundschau: Eine Konferenz der Hauptvorstände der Deutschen Gewerbevereine. — Staatsbürgerliche Schule. — Der § 158 der Gewerbeordnung. — Bezirkskonferenzen und Wohnungsnöte. — Patentreform. — Literaturisches. — Anzeigen.

## Berufseignung.

Von Paul Hoyer-Berlin-Dahlemburg.

Tausende und aber Tausende haben die Erfahrung am eigenen Leibe gemacht, daß die Berufswahl der wahrhaft entscheidende Augenblick für ihr ganzes Leben geworden war. Tatsächlich bedeutet der passende Beruf ein unendliches Lebensglück, ein beständiges Auswirken der ganzen Persönlichkeit, Befriedigung in der Arbeit, Freude am Erfolge und ein sicheres Auskommen. Wer sich dagegen im Gegensatz zu seiner Neigung und Befähigung in einem ungeliebten Beruf betätigen muß, dem wird seine Arbeit zur beständigen Quelle des Verdrußes, seine besten Kräfte liegen brach, in seiner Beschäftigung bleibt er oft nur ein Stümper und äußerlich wird ihn nicht selten der Mißerfolg begleiten. So ist tatsächlich der Einzelne mit seinem Beruf auf Gewerbe und Verdienst verbunden. Aber auch vom nationalen Standpunkte aus ist die Berufswahl des Einzelnen von größter Wichtigkeit. Es ist ohne weiteres klar, daß es für die Volkswirtschaft sehr viel ausmachen muß, ob Millionen von Volksgliedern an der rechten Stelle wirken oder nicht, ob sie ihr Bestes schaffen oder nur mechanische Muskelarbeit leisten.

Eine Garantie können freilich auch die Berufsberatungsstellen nicht leisten. Denn sie kennen Neigung und Befähigung des Rathsuchenden nicht so im einzelnen, wie es eigentlich notwendig und erwünscht wäre. Sie werden sich daher immer mit Hinweisen mehr allgemeiner Natur begnügen müssen. In neuerer Zeit ist man daher dazu übergegangen, durch eine sogenannte seelentundliche Berufsberatung der Berufseignung des Einzelnen mehr denn je zuvor auf die Spur zu kommen. Die Zentrale für Volkswohlfahrt in Berlin, Mühlburgerstraße 61, hat einige Psychologen, also Seelenforscher zu Hilfe gezogen, denen die Aufgabe gestellt ist, die einzelnen Berufe daraufhin durchzugehen, welche Voraussetzungen im besonderen zu ihrer Erfüllung notwendig sind. Mit allgemeinen Forderungen ist es dabei natürlich nicht getan. Fleiß, Ausdauer, Geschäftlichkeit und ähnliche Eigenschaften wollen nichts sagen, denn die braucht man fast in allen Berufen. Wie die Beratung bei den einzelnen Berufen gedacht ist, mag vielmehr aus einigen Beispielen hervorgehen. Von einem Goldarbeiter wird verlangt, daß er einen gut ausgebildeten Takt hat, Abweichungen erkenne, nach Vorlagen abzeichnen könne, Sinn für Anordnung und Farben besitze, dieselbe Bewegung öfter hintereinander ausführe wie beim Hämmern, Fehler rasch bemerke, um den teuren Stoff nicht zu verschwenden. Feinmechaniker und Uhrmacher müssen kleine Entfernungen mit dem Auge und dem Taktinn richtig abschätzen; sie müssen das Vermögen haben, sich zusammengelegte Gegenstände in ihren Teilen und in ihrem Sineinandergreifen in Gedanken vorzustellen. Der Buchbinder soll kleinere Unebenheiten mit dem Taschgefühl wahrnehmen, Fäden und Klappen von verschiedenster Stärke unterscheiden, durch Wegen ihre Härte beurteilen, die vorgeschriebene Form schnell erkennen, die Bewegungen sicher abtufen, Zeichnungen kopieren oder selbständig herstellen, Sinn für Gleichmaß und Farben zeigen. Der Kraftwagen- und Straßenbahnführer soll kleine Gegenstände, die ihn hindern könnten, schon von fern und bei schlechter Beleuchtung wahrnehmen, er muß Entfernungen richtig abschätzen, damit er zur Zeit zu bremsen weiß. Seine Aufmerksamkeit muß sich immer gleich bleiben, sie darf durch alltägliche Vorkünfte aus seiner Umgebung nicht abgelenkt werden, denn eine Unterbrechung kann ein Unglück herbeiführen. Selbstverständliches muß er auch Herr seiner Nerven und seines Willens wie seiner Muskeln sein, um auf die bestimmten Einwürfe schnell und sicher zu reagieren.

wenn dahinter nicht sonst in jeder Beziehung auch der tüchtigste Mensch steht. Auch das mag erwähnt werden, um einer Ueberhöhung der seelentundlichen Methode vorzugreifen. Selbstverständlich ist sie gut und wir wollen sie als ein Hilfsmittel auch willkommen heißen. Ihre Fingerzeige wollen wir durchaus nicht übersehen. Aber wir wollen nicht vergessen, daß sie nicht allein ausschlaggebend ist. Es kommt zunächst darauf an, daß bei der Berufswahl keine groben Verstöße begangen werden, daß der ungeschickte, sinnierende Bäckermensch zu einem Handwerk gezwungen, der Jugendliche mit der geschickten Hand und dem geübten Auge diesem ferngehalten werde und was solche offensbaren Verirrungen mehr sind. Ferner ist auf die ausgesprochene Neigung ein großes Gewicht zu legen. Von unserer unglücklichen falschen Wertschätzung der Berufe mit Kopf- und Handarbeit müssen wir entschieden zurückkommen und endlich soll unsere Gesamterziehung den ganzen Menschen erfassen, seinen Willen stärken, ihn in eine ernste Weltanschauung hineinführen und ihn für die Berufsarbeit disziplinieren. Damit haben wir das Beste für die Berufswahl und die Lebensfähigkeit getan.

## Kongress freier nationaler Arbeiter- und Angestelltenverbände.

Der zweite Verhandlungstag wurde eingeleitet durch ein vorzügliches Referat von Generalsekretär Oswald Riebel über „Staatsbürgerliche Erziehung“.

- Er begründete folgende
- I.
    - 1. Das Wesen des Staates als die Erscheinung der höchsten menschlichen Willensmacht im wirklichen Leben auf der einen Seite, bedingt die Unterordnung der individuellen Ansprüche und Gewohnheiten unter die Staatsnotwendigkeiten. Der Klassenkampf mit revolutionären Zielen ist deshalb zu vermeiden. An seine Stelle tritt National- und Schadensbewusstsein, das allerdings auf der Erfüllung bestimmter Voraussetzungen begründet sein muß. Eine der wichtigsten dieser Voraussetzungen ist neben der sozialen die kulturelle Reform.
    - 2. Soll der Staat mehr als ein bloßer Personenverband sein, dann erfordert das Wesen des Staates, daß in jedem Mitglied der Staatsgemeinschaft das Staatsbürgerbewusstsein geweckt und entwickelt wird.
    - 3. Diese staatsbürgerliche Erziehung ist, soll sie fruchtbar werden, im hohem Maße abhängig von einem Zwange zur Objektivität.
    - 4. Der Zwang der Objektivität hat ohne weiteres den Zwang der Mehrung des Wissens im Gefolge.
  - II.
    - 1. Die aus diesen Notwendigkeiten sich ergebenden Kulturaufgaben müßten von Rechts wegen in erster Linie von den politischen Parteien erfüllt werden. Die politischen Parteien Deutschlands bieten aber weder Gewähr für die Erfüllung dieser Aufgaben an sich als auch für ihre objektive Lösung. Um so mehr fällt diese Pflicht den Berufsorganisationen zu, welche damit zu nationalen Kulturfaktoren werden, indem sie über ihren engeren Bereich hinaus durch Gründung von Volkshochschulen, Kursen, verschiedenartiger Vortragszyklen, Bibliotheken usw. nach bestem Können zu der Lösung jener Aufgaben beitragen.
    - 2. Die Grundlage aller Erziehung und alles Wissens ist die Schule. Unsere Zukunft hängt ab von der restlosen Durchführung des Gedankens der nationalen Einheitschule. Mit der Umbenennung der Schulform muß Hand in Hand gehen die Reform des Lehrinhaltes. Mehr Erkenntnis- und weniger Kenntnislehre!
    - 3. Die beste Erkenntnis der staatlichen Voraussetzungen und Notwendigkeiten erhält man durch die politische Betätigung. Diese so rege wie möglich zu gestalten, ist eine Staatsnotwendigkeit. Darum sind alle politischen Laufbahnen allen Volksteilen zu öffnen.
    - 4. Die Aussprache eröffnete Redakteur Seile-Verein, der besonders die von Naumann errichteten Hörschulkurse für Arbeiter und Angestellte näher erläuterte. Es sprachen noch Schneider-Leipzig, Baith-München, Halstenberg-Düsseldorf, Lewis-Berlin.
    - 5. Der als Gast anwesende Reichstagsabgeordnete Graf von Posadowsky begrüßt es, daß sich Arbeiter und Angestellte mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen. Die breite Masse lernt damit die Zusammenhänge, die Geschehnisse u. a. kennen. Das löst sie auch los von Parteidoctrinen. Derartige Schulen, wie sie Dr. Seile schildert hat, zu gründen, ist ein

Die Liste der Berufe ist damit nicht erschöpft, es sollen ja so ziemlich alle durchgegangen werden und auch die hier angeführten Eigenschaften machen auf Vollständigkeit natürlich noch keinen Anspruch; es kommt nur darauf an, zu zeigen, wie man bei der Begründung der Berufseignung ins Einzelne einzudringen trachtet. Die Berufsberatung selber müßte dann natürlich einen Schritt weiter gehen und eine Prüfung mit dem Rathsuchenden vornehmen, nachdem er den Beruf genannt hätte, dem er sich zuwenden möchte.

Nun einige Worte zum Werte dieser psychologischen Methode. Es leuchtet schon von vornherein ohne weiteres ein, daß wir in dieser seelentundlichen Behandlung des jungen Menschen oder auch des Kriegsereckten, wenn eben eine eingehende praktische Prüfung mit ihm vorgenommen wird, niemals Schaden, sondern nur Nutzen kann und daß sie der Berufseignung des suchenden Menschen sicher mit auf die rechte Spur kommen wird. Das Gute liegt zunächst zweifelsohne darin, daß sich der Rathsuchende einmal darüber klar wird: was für Eigenschaften verlangt denn überhaupt der Beruf von dir und daß er merkt, was er davon hat und was ihm fehlt. Vielleicht kann ihm vom dem Berufsberater auch gesagt werden, wofür er sich besser eignen würde. Aber es soll auch von vornherein nicht verkannt werden, daß diese psychologische Methode leicht überschätzt werden kann und auch bereits zu hoch bewertet wird. Zunächst mag bedacht werden, daß es nur wenige Berufe geben wird, die ihrerseits ganz spezielle Erfordernisse an ihre Anwärter stellen. Im allgemeinen treffen viele Eigenschaften, selbst solche besonderer Art, auf verschiedene Berufe zu. Sodann dürfte auch das Ergebnis der jeweiligen Prüfung meistens fraglich sein. Sie kann wie jede Prüfung ein Zufallsresultat zeitigen, worauf dann ein Lebensschicksal aufgebaut wird. Was wollen aber vor allen Dingen die kurzen Prüfungsleistungen sagen gegenüber dem, was der betreffende Mensch später einmal in Wirklichkeit leisten kann. Zum sehr großen Teile, das ist unbestreitbar, hängt doch die spätere Berufstüchtigkeit von dem Fleiß, der Gründlichkeit, der Treue ab, womit ein Mensch an seine Arbeit geht. Bei möglicher Anspannung und gutem Willen läßt sich ein Mangel manchmal in sein Gegenteil verkehren, wie mancher hat lediglich durch seine eiserne Willenskraft schon über die Gebrechen seiner Natur triumphiert. Denken wir an Demosthenes, den großen griechischen Redner, der seinen Anlagen zum Trotz zu einem wahren Redefinikler brachte. Andererseits nutzt natürlich die beste und erwiesenste Berufseignung noch nichts,

Im allgemeinen geht die Frage der Berufswahl besonders die Jugend an. Es gehört immerhin zu den Ausnahmen, daß jemand im späteren Alter seinen ersten Beruf noch einmal wechselt. Das wird aber nach dem Krieg vielfach anders werden. Da ist an die vielen Verletzten zu denken, die häufig ihrer alten Tätigkeit gänzlich mehr nachgehen können, die aber ganz gut noch imstande sein werden, irgend eine andere Arbeit zu leisten. Es wird ihnen ein Bedürfnis und eine Freude sein, nicht auf die geringe Unterstützung angewiesen zu werden und untätig ihr ferneres Leben hingehen zu lassen. Sie sind aber auch aus ihrer bisherigen Tätigkeit herausgerissen worden, haben vielleicht die Fähigkeit mit ihrem bisherigen Beruf verloren, hier und da bieten sich ihnen wohl neue Möglichkeiten und so dürfte es im allgemeinen ziemlich häufig vorkommen, daß sie nach einem neuen Beruf Ausschau halten werden.

In den letzten Jahren hat man die Wichtigkeit der rechten Berufswahl für den Einzelnen und die ganze Nation immer mehr erkannt und hat mancherlei Maßnahmen ergriffen, die vor falscher Berufswahl hüten sollten. Erinnert sei vor allem an die sogenannten Berufsberatungsstellen und Lehrlingsvermittlungsstellen, die als ein besonderer Zweig der Jugendpflege vor dem Krieg aufblühten und die vielfach schon reichen Segen stifteten. Betont sei hier auch, daß man mit Recht auch an die zahlreichen jungen Mädchen dachte, die alljährlich in immer größerem Maße kaufmännischen, gelehrten und gewerblichen Berufen zuströmten. Für sie hat das Kartell der deutschen Frauenvereine in über hundert größeren Städten ebenfalls Auskünfte geschaffen, um bei der Fülle neuer weiblicher Berufe klären und richtunggebend zu wirken. Das sind dankenswerte Anlässe, die entschieden nach dem Kriege möglichst sorgfältig ausgebaut werden sollten. Ein solcher Aufklärung kann gar nicht zu viel geschehen. Zu begrüßen ist es auch, wenn an manchen Orten der Arzt in den Beratungsstelle vertreten ist, da die körperliche Beschaffenheit bei der Berufswahl ja doch auch ein entscheidendes Wort mitreden sollte.

glücklicher Gedanke. In den breiten Massen sind hervorragend begabte Köpfe vorhanden.

Nach weiterer Aussprache wurde folgende Entschliessung angenommen:

Die staatsbürgerliche Gesinnung ist im ganzen Volk hart gewachsen und hat sich in schwerer Not als tragfähige Stütze des Staates bewährt. Der Wille zu staatsbürgerlicher Betätigung ist nicht mehr zurückzudrängen und wird für die Gesamtheit nutzbar sein, wenn die staatsrechtliche Stellung des Volkes im Staate jedem einzelnen Volksgenossen die Möglichkeit gibt, an den Geschicken des Staates tätigen Anteil zu nehmen. Je mehr der einzelne an den Geschäften des Staates beteiligt wird, um so mehr wird die staatsbürgerliche Gesinnung und Bildung vertieft, der Zusammenhang des einzelnen mit der Gesamtheit verstärkt und die Grundlagen des Staates unerschütterlicher werden.

In der Nachmittags-sitzung sprach Arbeitersekretär Eitelmann über: „Die Vertretung der Arbeitnehmer in den Parlamenten“, wobei er nachstehende Vorschläge vorlegte.

1. Sollen die sozialpolitischen, wirtschaftspolitischen und geistlichen Forderungen der freiheitlich-nationalen Angestellten und Arbeiterbewegung ihre Erfüllung finden, so ist neben der Arbeit im Berufsverein, von allen Gliedern des Kongresses eine zielbewusste Beteiligung am öffentlichen Leben, an den Parteibewegungen und den öffentlichen Wahlen erforderlich.

2. Die Eintritt von Vertretern unserer Bewegung in die Parlamente, in den Reichstag, sowie in die zweiten und ersten Kammern der Landtage ist eine unbedingte Notwendigkeit.

3. Sie sind nicht Klassen- oder Standesvertreter, sondern Mitarbeiter am Wohle Aller. Der Ausbau des Staates zum Volksstaate, in dem Angestellte und Arbeiter freie, gleichberechtigte Glieder des Ganzen sind, ist Ziel und Aufgabe.

4. Es ist Pflicht der Parteien, den Arbeitern und Angestellten bei der Lösung dieser Aufgaben die Hand zu reichen und bei der Wahl solcher Vertreter zu den Parlamenten mehr Entgegenkommen zu zeigen als bisher.

Die Aufgaben der parlamentarischen Vertreter sind:

1. Tätige Mitarbeit an der Lösung aller politischen, sozialpolitischen, wirtschaftspolitischen und kulturpolitischen Fragen, die dem deutschen Volke erwachsen.
2. Beeinflussung der Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik im Sinne der Kongressbeschlüsse.
3. Beratungen der Fraktionen, Parlamentsausschüsse und Behörden in einschlägigen Fragen und Erleichterung der Verständigung mit diesen.

#### Der Weg zur parlamentarischen Vertretung:

Vor allem wird die eifrige Betätigung der Mitglieder aller Verbände in den ihnen nahestehenden Parteien geeignet sein, den Weg zu ausreichender parlamentarischer Vertretung zu bahnen.

Darauflaufend wird der Kongressausschuss, mit allen Parteien, die unsere Bestrebungen fördern wollen, in Verbindung treten und entschieden darauf dringen, daß bei den nächsten Wahlen Vertreter der freiheitlich-nationalen Arbeiter und Angestellten in aussichtsreichen Wahlkreisen zur Wahl gestellt werden.

#### Parteilosigkeit Unabhängigkeit der Verbände:

Der Kongress hält fest an dem Grundsatz, daß die Berufsvereine sich in keinerlei Abhängigkeit von politischen Parteien begeben. Auch wird durch die Zugehörigkeit eines Mitgliedes zu einer Partei oder Fraktion kein Verband festgelegt. Gemeinsame vaterländische Aufgaben erfordern jedoch ein Hand in Hand arbeiten der Verbände mit den, gleichen Zielen dienenden, Parteien.

#### Gemeindefahlen.

Der Kongress fordert die angeschlossenen Verbände auf, ihre Mitglieder immer wieder auf die Notwendigkeit der Beteiligung an den Gemeindefahlen und die Entsendung von Vertretern in die Gemeindefolgen hinzuwirken. Er empfiehlt dazu auch eine regelmäßige Pflege der Gemeindepolitik in den Verbandsblättern.

### Die Pflicht zu parlamentarischer Vertretung.

Vortrag, gehalten auf dem Kongress freiheitlich-nationaler Arbeiter und Angestellten.

Von Anton Erkelenz.

(Schluß.)

Unter den mancherlei Ueberrassungen, die der 1. August 1914 brachte, war doch nicht die geringste die plötzlich sich aufdrängende überraschende politische Bedeutung der Berufsvereine. Wie mögen alle die Berufsvereine, die auf unbeschränkte Neutralität, auf reine Wirklichkeit Wert legen, überrascht gewesen sein, als sie sahen, wie man ihnen von allen Seiten nachließ. Wie die Minister, die Geheimräte, die stellvertretenden Generalkommandos, bis zum Kommandeur der kleinsten Garnison und dem Stadtschreiber und Landbürgermeister sich um Freundschaft der Berufsvereine bewarben. In der höchsten Not zerrissen all die Zwirnäden, die Fingerringe, die man sich selber gelegt. Und es trat klar und deutlich die ungeheure politische Bedeutung auch des kleinsten Berufsvereins zutage. Glauben sie nicht, daß man aus damals etwa aus Menschenliebe geübt und gehandelt hat. Nein, die politische Not war es, die jene Herzen rief. Hingeh einer von ihnen wird noch vier Wochen vorher es ihm möglich gewesen erklärt haben, daß er mit Leitern von Berufsvereinen verkehren würde. Plötzlich änderte er die Bewand der politischen Tatsachen zwang ihn dazu. Nun wohl, sollen wir selbst die politische Bedeutung unserer Berufsvereine geringer einschätzen, als sie sich in der höchsten Gefahr des Vaterlandes gezeigt? Sollen wir selber bescheidener sein als nötig? Sollen wir nicht die in uns schlummernde politische Kraft ausnützen, zum besten der Bewegung? Der Praktiker im Organisationsleben wird all dem zustimmen und dennoch wird der eine oder andere sagen: wie

Wir bringen den mit großem Fleiß aufgenommenen Vortrag über die Pflicht zu parlamentarischer Vertretung je an bester Stelle in dieser und vorhergehender Nummer der „Eiche“.

Die Debatte über diese Frage war sehr lebhaft. Es beteiligten sich an dieser u. a. Valentin Berlin, Eitelmann, Duisburg, Saueer-Weipig, Flegler-Siegen und Reichel-Spremborn. Dann gelangte folgende Entschliessung zur einstimmigen Annahme:

„Der freiheitlich-nationalen Arbeiter- und Angestelltenkongress bearbeitet die Gesetzesvorlagen betr. Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung und Schaffung von Arbeitslämmern als einen erfreulichen Beweis für den redlichen Willen der Reichsregierung, zu der politischen die soziale Neuordnung zu helfen. — Indem der Kongress der Hoffnung Ausdruck gibt, daß die beiden Vorlagen vom Reichstag baldmöglichst in einer die berechtigten Interessen aller Arbeitnehmer wahren Form verabschiedet werden, spricht er zugleich die Erwartung aus, daß insbesondere die Angestellten, Beamten und Staatsarbeiter in Kürze zu ihren Verhältnissen entsprechenden öffentlich-rechtlichen Standesvertretungen gelangen mögen.“

Ebenso eine

#### Entschliessung zur Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Der Kongress erachtet es als eine Ehrenpflicht des Vaterlandes, soweit es die Kräfte des Reiches und der Bundesstaaten nur immer zulassen, daß den Kriegsbeschädigten die weitgehendste Fürsorge auf materiellem wie sozialem Gebiet zuteil wird. Die Rentensatzung muß in durchaus humaner Weise, befreit von jeder Bürokratie, in angemessenem Maßstab zu den wirtschaftlichen Verhältnissen und der verbliebenen Arbeitsfähigkeit den Kriegsbeschädigten gewährt und das Verahren beschleunigt werden.

Zur Wiedererlangung geeigneter Erwerbsmöglichkeiten ist durch die Arbeits- und Stellennachweise Vorkehrung zu treffen, daß den Kriegsbeschädigten nach Lage der verbliebenen Leistungsfähigkeit u. ihren Kenntnissen entsprechend, geeignete Arbeitsplätze überwiesen werden, für die angemessene Löhne und Gehälter zu gewähren sind. Insbesondere sind ihnen dieselben Akkordlöhne zu gewähren, wie den voll leistungsfähigen Arbeitern und Angestellten.

Die Höhe der Renten ist bei Lohn- oder Gehaltsfestsetzungen außer Betracht zu lassen und ihre etwaige Anrechnung zum Lohn oder Gehalt, als den guten Sitten widersprechend, zu unterlassen.

Betriebsunternehmer, die in der Regel mindestens 20 Arbeiter oder Angestellte beschäftigen, sind zu verpflichten, auf je 20 Beschäftigte mindestens einen Kriegsbeschädigten in geeigneter Arbeit zu nehmen.

Von den Arbeitern und Angestellten erwartet der Kongress, daß sie sich der Pflichten gegenüber ihren kriegsbeschädigten Mitarbeitern bewußt sind, ihnen mit Rat und Tat zur Seite stehen und daß sie sich bemühen werden, den Kriegsbeschädigten das Durchkommen zu erleichtern.

### Ehrentafel

für die im Kriege gefallenen oder an ihren Verwundungen erlegenen Holzarbeiter des Gewerkschafts der Holzarbeiter Deutschlands.

#### Auf dem Felde der Ehre gefallen.

Heinrich Grüter, Mitglied im Ortsverein Duisburg, 26 Jahre alt.

Heinrich Loos, Mitglied im Ortsverein Duisburg, 42 Jahre alt.

Josef Feigl, Mitglied im Ortsverein Augsburg.

Ehre ihrem Andenken!

Den Kriegsbeschädigten dagegen macht es der Kongress zur Pflicht, daß sie ihren bewährten Berufsorganisationen treu bleiben, die sich mit allen verfügbaren Kräften bemühen werden, auch die Interessen dieser Mitglieder nachdrücklich zu wahren.

(Schluß folgt.)

### Zur Verkürzung der Brotration.

Das Kriegsernährungsamt teilt amtlich mit:

Die Entwicklung der Getreidezufuhren aus der Ukraine gestattet es leider nicht, unsere Brotversorgung in den letzten Monaten des Erntejahres auf diese unsicheren, im voraus nicht genau zu übersehenden Einkünfte zu gründen. Wir sind daher, wenn wir sicher gehen wollen, für den Rest des Wirtschaftsjahres in der Hauptsache auf die Deckung aus dem deutschen Inlandsvorrat angewiesen. Die zur Verfügung stehenden knappen Vorräte machen eine Einschränkung des Verbrauchs notwendig. Demgemäß hat das Kuratorium der Reichsgetreidestelle in seiner Sitzung am 1. Mai unter Zustimmung des Direktoriums mit Wirkung vom 16. Juni des Jahres ab beschlossen:

Die tägliche Mehlmenge wird für die Versorgungsberechtigten von 200 auf 160 Gramm herabgesetzt.

Die bisherige Zulage an Schwer- und Schwerstarbeiter bleibt bestehen.

Die vom Selbstversorger zu verbrauchende Getreidemenge, die bereits mit Wirkung vom 1. April herabgesetzt ist, erfährt keine weitere Minderung.

Die Wiederherstellung der alten Ration wird erfolgen, sobald genügend Zufuhren aus der Ukraine in den Händen der Reichsgetreidestelle sind, spätestens aber, wenn der Frühdruck aus der Ernte 1918 die Bestände der Reichsgetreidestelle aufgefüllt hat.

Für den Ausfall an Mehl wie im vorigen Jahre Ersatz an Fleisch zu geben, ist diesmal ausgeschlossen. Nach der starken Verringerung unserer Schweinebestände bewirkt die heutige Fleischration bereits einen bedauerlich erheblichen Eingriff in unsere Rindviehbestände, daß eine weitere Inanspruchnahme die Milch- und Fettversorgung aufs schmerzhafteste gefährden würde.

Ein Ersatz wird jedoch durch reichliche Ausgabe von Zucker gewährt werden. Ebenso wird die Verteilung von Nährmitteln in den Wochen der Brotverkürzung eine Verstärkung erfahren.

Der Berliner Vertreter meldet dazu im Stuttgarter Neuen Tagblatt: Die Mitteilung, daß wir von Mitte kommenden Monats ab uns auf eine Verkürzung der Brotration werden einzurichten haben, wird vermutlich in allen Schichten des deutschen Volkes mit schmerzlicher Bewegung aufgenommen werden. An sich hätte man zwar darauf sich gefaßt machen müssen. Wenn das Erntejahr sich dem Ende nähert, werden die Vorräte knapper und man muß versuchen, mit wenig, oder sagen wir besser, mit noch weniger hauszuhalten. Gerade aber diesmal hoffte man es besser zu haben. Der Friedensschluß mit Rumänien, der „Brotfrieden“ mit der Ukraine, von dem man freilich heute meist nur noch in Anführungsstrichen spricht, schienen bessere Aussichten eröffnet zu haben. Hier und da ließ vorlauter Jubel in der Presse wohl gar die Hoffnungen ins Ungemessene steigen. Es wird demgegenüber nützlich sein, sich einmal die Tatsachen zu vergegenwärtigen und auszusprechen, was ist.

In Rumänien war bekanntlich Ausgang 1916 die Militärverwaltung eingeführt worden. Vom 1. Dezember 1916 bis August 1917 waren insgesamt am Getreide 995 265 Tonnen ausgeführt worden. Davon gingen nach Deutschland 358 860, nach Oesterreich 482 803 Tonnen, der Rest blieb für die Belieferung der Türkei und die auf dem Balkan kämpfenden deutschen Truppen. Im neuen Erntejahr hatte man auf erheblich mehr gerechnet, aber auch hier stieß man auf die Erfahrung, daß die Okkupation nicht immer die Produktivität des Landes erhöht. Ganz abgesehen davon, daß die Länge des Krieges ja allorts die Möglichkeiten der Bodenbestellungen herabdrückt. Statt der erhofften 1 Million Tonnen sind denn auch vom August 1917 bis zum 4. Mai 1918 nur 472 034 Tonnen ausgeführt worden, von denen Deutschland 312 484, die Donaumonarchie 367 880 Tonnen erhielt. Nun erwarten wir in Deutschland aus Rumänien noch rund 125 000 Tonnen

zu handeln wie der Pazifist und der Anhänger des Verständigungsfriedens. Deshalb soll man sich hüten, den Andersdenkenden den guten Glauben abzuspülen. Viele Meinungsverschiedenheiten muß man ertragen, in gegenseitiger Duldsamkeit, so lange man von dem reinen Willen überzeugt sein darf.

Deshalb sollen aber die Parlamentarier auch nicht als reine Verbandsvertreter in die Parlamente einziehen. Sie werden gewählt von den Parteien und müssen sich den Fraktionen anschließen. Aber die Verbände sind so stark daran interessiert, solche Leute im Parlament zu haben, sie nehmen nach der idealen u. der materiellen Seite den Parlamentarier so stark in Anspruch, daß sie verpflichtet sind, ihm den Weg bahnen zu helfen.

Ein Verband kann nicht allein dieses Ziel erreichen. Kein einzelner Beruf ist stark genug dazu. Andere Berufe und andere Stände müssen mithelfen. Die Stelle, wo sie sich zusammenfinden, sind die Parteien. Hier werden alle Stände und Berufe zu einheitlicher Kraftentfaltung zusammengefaßt. Aus eben diesen Zusammenhängen ist es nötig, den Mitgliedern der Verbände immer wieder ans Herz zu legen, daß sie in die ihnen jugendlichen politischen Parteien einziehen und dort tätig sein müssen. Denn auch im Parteileben hat gemeinlich derjenige den größten Einfluß, der sich am entschiedensten bemerkbar macht.

Wird dadurch die parteipolitische Unabhängigkeit der Verbände beeinträchtigt? Keineswegs. Jeder Verband wird seine Mitglieder nicht in einer Partei haben. Er wird in den verschiedensten Parteien Anhänger zählen und in jeder von ihnen wahrscheinlich auch Leute haben, die sich zum Parlamentsvertreter eignen. Und tut gut daran, sie alle anzuspornen, daß sie das Beste und Höchste zu erreichen streben. Dann wird er in verschiedenen Parteien Parlamentsvertreter haben und um so eher darauf rechnen dürfen, seine zum Wohl der Gesamtheit gestellten Anforderungen erfüllt zu sehen. Der Vorwurf, der Verband sei parteipolitisch abhängig geworden, wird vor der Ruft der Tatsachen bald verstummen.



Neuregelung der Beitragszahlung. Die von ihm gemachten Ausführungen führten ebenfalls zu einer Aussprache, die volle Zustimmung ergab.

### „Staatsbürger Schule“.

Unter diesem Namen hat D. Friedrich Raumann eine neue politische Volkshochschule gegründet, die ihr Heim am Kronprinzenufer 27 in Berlin aufgeschlagen hat und jetzt ihre Tätigkeit eröffnet. Die Staatsbürger Schule bezweckt die Verbreitung und Vertiefung staatsbürgerlicher Bildung, insbesondere auch die Ausbildung und Fortbildung von politischen und gewerkschaftlichen Berufsbeamten, Redakteuren und sonstigen Angestellten durch Unterrichtskurse und Vortragsfolgen über alle Zweige der Politik, öffentliches Recht, Volkswirtschaftslehre, Geschichte usw. Daneben sollen auch kleinere Kurse von 8-14 tägiger Dauer, zum Teil auch in anderen Städten, als Wanderkurse veranstaltet werden. Mit ihnen will die Staatsbürger Schule schon im Kriege beginnen, während größere Kurse erst im Frieden nach Rückkehr der Krieger stattfinden sollen. Zunächst werden für den Sommer außer politischen Erörterungsabenden unter Leitung des „Hilfs“-Schriftleiters Heile folgende Vortragsreihen angekündigt: D. Friedrich Raumann: Neudeutsche Wirtschaftspolitik nach dem Kriege. 6 Vorträge. Beginn Montag, den 3. Juni, abends 8 Uhr; Dr. Kuczynski, Direktor des Statistischen Amtes Schöneberg: Die Reichsfinanzen in Gegenwart und Zukunft. 5 Vorträge (je 2 Stunden). Beginn Donnerstag, den 6. Juni, abends 8 Uhr; Wilhelm Heile, Schriftleiter der „Hilfe“: Die Verfassung und Verfassungsreform in Preußen-Deutschland. 10 Vorträge (je 2 Stunden). Beginn Mittwoch, 15. Mai, abends 8 Uhr; Dr. Paul Rohrbach: Weltpolitische Grundlinien. 6 Vorträge, zweimal wöchentlich, Dienstags und Freitags. Beginn Dienstag, den 11. Juni, abends 8 Uhr.

Für jede Vortragsfolge werden Karten zum Preise von 1.80 ausgegeben. Mitglieder gesinnungsverwandter Parteierorganisationen und Berufsverbände erhalten 25 Prozent Ermäßigung. Kartenausgabe und nähere Auskunft: Staatsbürger Schule, Kronprinzenufer 27, I, Berlin NW. 40. Tel.: Moabit 9596.

### Der § 153 der Gewerbeordnung

ist, ohne daß noch eine Ausschüßberatung stattgefunden hat, vom Reichstage aufgehoben worden. Man hat auf lange

Neben und Begründungen verzielt und dieses schmächtig empfundene Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter besetzt. Nur die Konfessionen und der unter dem Einfluß der Schwerindustrie stehende Teil der National Liberalen wollten von einer Aufhebung nichts wissen. Ihr Widerstand hat ihnen nichts genutzt. Die Gerechtigkeit ist zum Siege gelangt.

### Bezirkshonferenzen und Wohnungsnot.

DWA. Die allgemeine Erkenntnis, daß gegen die drohende Wohnungsnot ein kräftiger Kampf eröffnet werden muß, hat sich jetzt ja in ziemlich beträchtlichem Grade durchgesetzt; nun gilt es, die Gegenwehr durch praktische Maßnahmen zu organisieren. Hierfür wird es aber ratsam sein, daß innerhalb der einzelnen größeren Bezirke die Vertreter der verschiedenen in Frage kommenden Stellen insbesondere der Gemeinden- und Staatsbehörden, baldigst zu gemeinsamen Beratungen zusammen treten. Ein solcher Meinungsaustausch wird am besten die richtigen Wege der Vorbeugung und Abhilfe finden lassen, außerdem wird oft ein gemeinsames Vorgehen unumgänglich sein. Ende März hat im Berliner Rathaus eine solche Zusammenkunft Groß-Berliner Gemeindevorsteher stattgefunden, auch für den westfälischen Industriebezirk hat der Westfälische Verein für Kleinwohnungsweesen am 18. und 19. April eine Konferenz von Kommunalbeamten, Landräten usw. zur Besprechung der dringlichsten Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot abgehalten. Es wäre wünschenswert, daß diese Beispiele recht bald allgemeine Nachahmung finden.

Patentkammer. Mitgeteilt vom Patent-Vater Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. — Auskünfte kostenlos.

### Gebrauchsmuster.

- Rl. 34 a. 679 905: Tischplatte mit Glaseinlage. Unionwerke G. m. b. H., Radebeul-Dresden. Angem. am 11. 3. 18.
- Rl. 34 b. 679 771: Schuhboden mit Behälter zum Aufstellen des Fußes beim An- und Ausziehen der Schuhbekleidung. Martin Eidt, Mannheim. Angem. am 26. 2. 18.
- Rl. 38 a. 679 807: Handflügelspanner. Johann Danisch, Berlin, Kopenikusstraße 23. Angem. am 29. 8. 17.
- Rl. 38 b. 679 954: Stanzblockhobelmaschine mit verstellbarer Hobellänge. Alfred Nobel, Rostock. Angem. am 26. 3. 18.

### Literarisches.

Ueber die Ausdehnung der Baukostenverwertung bringt Nr. 7 der Zeitschrift „Bodenreform“ sehr beachtenswerte Vorschläge. Es wird der Gedanke erörtert, das Bauen auch für die erste Zeit nach dem Kriege von der Erlaubnis der schon jetzt bestehenden militärischen Stellen abhängig zu machen, die durch Sachverständige zu ergänzen wären. Auf diese Weise würde es unmöglich werden, daß das Großkapital, das schon jetzt weitgehende Pläne haben soll, die Baustoffpreise in die Höhe triebe, ehe an den Bau von Kleinwohnungen gegangen werden kann. Mitteilungen aus Rumänien und der Ukraine lassen erkennen, daß die Bodenfrage nach dem Kriege im Leben der Völker an erster Stelle stehen wird.

Die „Bodenreform“ ist die verbreitetste Zeitschrift für volkswirtschaftliche und staatsbürgerliche Bildung im deutschen Sprachgebiet. Sie kostet vierteljährlich nur M. 1.50 bei jeder Buchhandlung und Post. Probeummern versenden kostenfrei. Der Verlag „Bodenreform“, Berlin NW. 28, Lessingstraße 11.

### An die Empfänger der „Eiche“.

Die Postbesitzer werden gebeten, sich beim Ausbleiben oder bei verspäteter Lieferung einer Nummer stets nur an den Briefträger oder die zuständige Postanstalt zu wenden. Erst wenn Nachlieferung und Aufstellung nicht in angemessener Frist erfolgen, wende man sich an den Briefträger. Zuerst würde die Frage einer behördlichen Regelung verlangt.

Das regelmäßige Einkassieren der Beiträge ist eine zwingende Notwendigkeit der Vereine. Es werden dadurch Restanten und die damit zusammenhängenden Austritte aus der Organisation vermieden.

Dieser Nummer der „Eiche“ liegt die große statistische Karte bei, um deren genaue Ausfüllung und pünktliche Einsendung dringend gebeten wird.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 22. Wochenbeitrag für das Jahr 1918 fällig.

## Anzeigen.

Für den Inseratenteil ist die Redaktion des Blattes gegenüber nicht verantwortlich.

## Bekanntmachung.

Die Zwischenscheine für die 5% Schuldverschreibungen und 4 1/2% Schaßanweisungen der VII. Kriegsanleihe können vom 27. Mai d. Js. ab

in die endgültigen Stücke mit Zinsscheinen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“ Berlin W 8, Behrenstraße 22, statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankankassen mit Kasseneinrichtung bis zum 2. Dez. 1918 die kostenfreie Vermittlung des Umtausches. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine nur noch unmittelbar bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“ in Berlin umgetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vormittagsdienststunden bei den genannten Stellen einzureichen. Für die 5% Reichsanleihe und für die 4 1/2% Reichsschaßanweisungen sind besondere Nummernverzeichnisse auszufertigen; Formulare zu den Verzeichnissen sind bei allen Reichsbankankassen erhältlich.

Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine rechts oberhalb der Stücknummer mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

Von den Zwischenscheinen für die I., III., IV., V. und VI. Kriegsanleihe ist eine größere Anzahl noch immer nicht in die endgültigen Stücke mit den bereits seit 1. April 1915, 1. Oktober 1916, 2. Januar, 1. Juli und 1. Oktober 1917 und 2. Januar d. Js. fällig gewordenen Zinsscheinen umgetauscht worden. Die Inhaber werden aufgefordert, diese Zwischenscheine in ihrem eigenen Interesse möglichst bald bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, zum Umtausch einzureichen.

Berlin, im Mai 1918.

### Reichsbank-Direktorium.

Havenstein. v. Grimm.

### Sul- und Mantelbaken

in größ. u. kl. Posten abzugeben.

Rhenania, Metallgießerei Solingen.

Rosen (Ortsverband) gewährt durchreisenden, arbeitslosen Kollegen 75 Pfg. Unterstützung; zu erhalten ist dieselbe bei den Ortsvereinskassieren und bei Verb.-Kass. Müntzer, Wallstraße 23.

Soldham (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Ortsbeitrag bei dem Kassierer ihres Ortsvereins.

Spreitau-Glan (Ortsverband). Durchreisende Gewerkschaftler erhalten eine Unterstützung von 75 Pfg. beim Ortsvereinskassierer P. Schiemert in Spreitau, Glogauerstraße 16. Arbeitsnachweis ebenfalls.

Wathow (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Ortsverbandsgeld beim Kollegen f. Gildenpennig, Forststr. 7.

Schweidnitz (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Verpflegungsgeld im Werte von 75 Pfg. bei allen Ortsvereinskassieren. Kollegen, welche hier keinen Ortsverein haben, erhalten die Karten beim Ortsverbandskassierer J. Michael, Freiburgerstraße 11/13.

Thorn. Durchreisende Kollegen erhalten beim hiesigen Ortsvereinskassierer M. Heinrichs, Breitestraße 18, Unterstützung.

Worms. Durchreisende arbeitslose Kollegen erhalten ein Ortsbeitrag von 75 Pfg. im Ortsverband „zum Rhein“, Rheinstr. 4.

Bremen. Die Auszahlung der Reisegelder erfolgt nun auf dem Arbeitsekretariat der Gewerkschaft Bremen, Dübenerstr. 3.

Heisenkirch. Durchreisende Kollegen erhalten vom Ortsverband 1 M. bei W. Bauer, Joststr. 20.

Sera (Ortsverband). Die Unterstützung an durchreisende Gewerkschaftler wird ausbezahlt bei Wagner, Steinhweg 4.

Glogau (Ortsverband). Durchreisende Gewerkschaftler erhalten 75 Pfg. Ortsbeitrag beim Kollegen Anglaube, Preußische Straße 89.

Brandenburg (Ortsverband). Durchreisende Gewerkschaftler erhalten 75 Pfg. Ortsbeitrag beim Kollegen Kohnowski, Kullerstraße 1.

Halle a. S. Der Arbeitsnachweis für den Ortsverband befindet sich bei unserem Kassierer W. H. Janke, Schützenstraße 17.

Frankfurt a. M. Das Arbeitsekretariat und der Arbeitsnachweis der deutschen Gewerkschaften befindet sich Deutschenthal 89. — Durchreisende und arbeitslose Kollegen wollen sich dort melden.

Siberach a. Rh. Herberge im „Roten Ochsen“, Unterstützung von 1 M. bei Martini, Fischbergstraße 18.

Ulm a. D. Arbeitsnachweis u. Unterstützung auf dem Sekretariat der Gewerkschaft, Neuhardtstraße 14.

Berlin. Gewerkschaftsverkehr und Herberge im Verbandsbureau Greißwälderstraße 221/223. Karten bei allen Ortsvereinskassieren.

Dieskau (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsbeitrag von 75 Pfg. bei ihrem Ortsvereinskassierer.

Döbeln. Durchreisende erhalten in der Herberge „Zur Heimat“ freies Nachtquartier und Frühstück. Karten sind beim Kollegen Beuchel, Stegners Kohlenhandlung, Zwingerstraße, zu entnehmen.

Dug in Böhmen. Durchreisende Gewerkschaftler erhalten ein Nachtlager und Frühstück oder eine Kronen Reiseunterstützung in der Geschäftsstelle des Bezirksverbandes deutscher Arbeitervereinigungen, Elisabethstraße 8.

## Erfinderrecht

Sanktisch, 290 Seiten, in Seinen gebd. 5.— Mark. Es enthält die Patent-, Muster-, Marken- und Warenzeichen-Gesetze, bürgerliche Erklärungen, alle Bekanntmachungen und Verordnungen des Patentamts, die Einteilung der Warenklassen usw. usw. Preis frei.

Friedrich Huth's Verlag, Charlottenburg 4, Kaiser Friedrich-Straße 53.

## Kollegen, schützt Frau und Kinder

für den Fall eines frühzeitigen Todes, sorgt für Euer Alter sowie für die Ausbildung und Aussteuer eurer Kinder bei unserer gemeinsamen Volksversicherung. — Alle Gewinne fließen den Versicherten zu.

Volksversicherung des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften D. V. B. Beizung kostenlose Auskunft bei unseren örtlichen Verwaltungsstellen oder im Verbandsbureau Berlin NO. 55, Greißwälder-Str. 221/23.

## Zachlehrbücher

1. Ranges, mit vielen Abbildungen

Die Tischlerwerkstatt M. 7.25, Die Tischlerschule M. 14.—, Der Schreiner M. 18.—, Moderne Bantischlerarbeiten I. M. 10.50, II. M. 10.—, Die moderne Bantischlerei M. 18.—, Der Dorfschreiner I. M. 10.—, II. M. 10.—, Der Möbelkünstler M. 8.—, Van von Holztreppen M. 10.50, Dekorativer Holzbau M. 12.—, Der Möbelschneider M. 13.—, Einfache moderne Möbel M. 10.—, Das Parlett M. 15.—, Die Bau- und Tischlerarbeiten M. 10.—, Der Drechsler M. 16.—, Der Holzbohrer M. 5.—, Der Schnittbohrer M. 2.70, Der Lohnberechner M. 2.—, Der Handwerker als Kaufmann M. 7.25 per Nachnahme. L. Schwarz & Co., Verlag, Berlin S. 14, Dresdenerstraße 80.